

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**  
**Bedingte Zuversicht**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1991) : Bedingte Zuversicht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 11, pp. 542-543

This Version is available at:  
<https://hdl.handle.net/10419/136812>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Bedingte Zuversicht



Hans-Jürgen Schmahl

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr klingen zuversichtlich: Es geht aufwärts nach nur kurzer Unterbrechung in Westdeutschland und nach tiefem Fall in Ostdeutschland. Daß dabei in Westdeutschland die Wachstumsraten niedriger und die Preisanstiegsraten höher als bisher ausfallen und daß in Ostdeutschland der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit noch bevorsteht, trübt das Bild zwar ein wenig. Aber im übrigen scheint doch alles nach Wunsch zu verlaufen. Dieser Eindruck ist jedoch allzu vordergründig. Es gibt offene Fragen und erkennbare Risiken. Das jüngste Gemeinschaftsgutachten der großen Wirtschaftsforschungsinstitute bietet dafür reichlich Anschauungsmaterial.

Zu wenig beachtet wird in der Öffentlichkeit immer wieder, unter welchen Annahmen ein Urteil über die künftige Entwicklung zustande kommt. So hängt der für Westdeutschland prognostizierte Konjunkturanstieg im Verlauf des Jahres 1992 wesentlich von der erwarteten Belebung der Weltkonjunktur und damit des deutschen Exports ab. Bis jetzt ist aber selbst für die USA noch umstritten, ob ein nachhaltiger Aufschwung begonnen hat oder ob die Zunahme des realen Sozialprodukts im dritten Quartal nur ein Aufflackern war. In Westeuropa sind Anzeichen für eine Belebung noch kaum zu erkennen; hier hinken die statistischen Daten der Entwicklung allerdings zumeist erheblich nach. Einen ersten Anhaltspunkt für eine Wende bei den außenwirtschaftlichen Einflüssen gibt es jedoch: Die westdeutsche Industrie bekommt seit einigen Monaten wieder mehr Aufträge aus dem Ausland. In der Vergangenheit hat sich der Auftragsengang aus dem Ausland mehrfach als ein guter Frühindikator für die Weltkonjunktur erwiesen; das läßt Hoffnungen zu.

Die zweite wesentliche Bedingung eines Eintreffens der relativ günstigen Konjunkturprognose sind deutlich niedrigere Lohnerhöhungen als in diesem Jahr. Ob auch dafür Hoffnungen bestehen, ist einstweilen fraglich; die Lohnforderungen der jüngsten Zeit sprechen eher dagegen. Was droht, wenn in der Lohnrunde des nächsten Jahres Abschlüsse durchgesetzt werden, „die den oft beschworenen schweren Konflikt mit der – potentialgerechten – Geldpolitik herbeiführen würden“, ist eine Stabilisierungskrise. Behält die Bundesbank den Kurs bei, die Geldmenge im Ausmaß des Wachstums der Produktionsmöglichkeiten zuzüglich eines geringen Preisanstiegs auszuweiten, kommt es bei kräftigen Kosten- und Preiserhöhungen „automatisch“ zu einer zunehmenden Anspannung der monetären Bedingungen. Es gibt keinen Grund für die Annahme, daß die Bundesbank auf einen nachgiebigen Kurs einschwenkt, denn das verstieße gegen ihren gesetzlichen Auftrag und würde auch nichts an der Notwendigkeit ändern, die Preisstabilität schließlich doch wiederherzustellen. Je länger sie damit warten würde, desto härter müßte die Geldpolitik sein.

Es gehört zu den Aufgaben der Institute, die Auswirkungen wirtschaftspolitischen Handelns zu untersuchen und daraus Folgerungen zu ziehen. Das gilt für die Lohnpolitik genauso wie für die anderen Politikbereiche. Der erneut erhobene Vorwurf, dies sei ein Eingriff in die Tarifautonomie, ist unberechtigt. Tarifautonomie kann nicht bedeuten, daß die Tarifpolitik der öffentlichen Diskussion entzogen wäre, ebensowenig wie die Autonomie der Bundesbank einer kritischen Beobachtung der Geldpolitik im Wege steht. Diesmal haben die Institute vor allem dafür

plädiert, eine Verstärkung des Kosten- und Preisanstiegs nicht mit einer Verschärfung der Geldpolitik zu beantworten, weil die monetären Bedingungen dann allzu restriktiv werden könnten. Das mag der Bundesbank nicht willkommen sein, aber verbeten mit dem Hinweis auf ihre Autonomie hat sie sich die Empfehlung nicht.

Besonders kritisch haben sich die Institute mit der Finanzpolitik des Staates auseinandergesetzt. Der Staat muß nun energische Schritte zur Konsolidierung der Haushalte unternehmen, in erster Linie durch Abstriche auf der Ausgabenseite. Aber „nicht einmal bei boomender Konjunktur in Westdeutschland hat sich die Politik als fähig erwiesen, Vergünstigungen für einzelne Gruppen und Sektoren abzubauen“. Statt dessen wird der bequeme Weg der Steuererhöhungen beschritten. Die aber gefährden das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland, das eine entscheidende Voraussetzung für die Hilfe beim Aufbau in Ostdeutschland ist. Die Politiker haben einen eigenen Stil gefunden, mit der Kritik der Institute umzugehen: Sie erklären in jedem Fall, sich in ihrer Politik bestätigt zu sehen.

Eine günstige Konjunktur in Westdeutschland stellt sich also nicht gewissermaßen von selbst ein, sondern sie setzt – abgesehen von der Besserung der Weltkonjunktur – ein bestimmtes Handeln voraus. Das betrifft alle Politikbereiche. Es geht nicht nur um mäßigere Lohnerhöhungen, wenngleich diese jetzt besonders wichtig sind, sondern auch um eine wirklich potentialorientierte Geldpolitik und um glaubhafte Weichenstellungen für eine mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen. Wenn in der Prognose von den Instituten Verhaltensweisen unterstellt wurden, die optimistische Erwartungen für die Konjunktur in Westdeutschland erlauben, dann nicht zuletzt in der Annahme, daß aus Fehlern in der Vergangenheit gelernt worden ist. Sollte sich das nicht bestätigen, muß mit einer erheblich ungünstigeren Konjunktur und einem stärkeren Preisanstieg gerechnet werden als in der Prognose.

Eine solche Entwicklung wäre schon im Hinblick auf die Folgen für Ostdeutschland höchst unglücklich. Es wäre illusorisch zu glauben, daß eine Konjunkturflaute in Westdeutschland keine fühlbaren Auswirkungen auf Ostdeutschland hätte. Stagnation oder gar Rezession in Westdeutschland hieße geringerer Anstieg des Aufkommens an Steuern und Sozialabgaben mit der Folge, daß wahrscheinlich die Transfers nach Ostdeutschland knapper bemessen und das Staatsdefizit dennoch größer ausfallen würden als geplant. Sie bedeutete weniger Beschäftigungschancen für ostdeutsche Arbeitnehmer und weniger Lieferchancen für ostdeutsche Firmen in Westdeutschland. Schließlich würden sicherlich auch weniger Investitionsmittel westdeutscher Unternehmen nach Ostdeutschland fließen. Dies alles zusammen hieße, daß der Produktionsanstieg in Ostdeutschland geringer ausfiele als erwartet.

Risiken gibt es aber nicht nur auf kurze, sondern ebenso auf mittlere Sicht, und zwar in beiden Teilen Deutschlands; auch hier müssen Wechselwirkungen beachtet werden. Der erwartete Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland, so erfreulich er ist, bedeutet noch nicht den Beginn eines selbsttragenden Wachstumsprozesses. „Marktwirtschaftliche Dynamik hat sich noch kaum entfaltet, auch weil die mikro- und makroökonomischen Rahmenbedingungen noch unstimmig sind. Nur massive finanzielle Unterstützung des Westens hat verhindert, daß der Produktionseinbruch auf die Einkommen durchschlug“, heißt es dazu im Gemeinschaftsgutachten. Ein Problem ersten Ranges ist die zu schnelle Angleichung der Löhne an das westdeutsche Niveau; von dieser Seite drohen dauerhafte Fehlentwicklungen. Blicke Ostdeutschland auf lange Sicht „am Tropf“ westdeutscher Finanztransfers, wäre das „eine kaum erträgliche Belastung des Wachstumsprozesses in Westdeutschland“. Zinsen und Abgaben wären höher, Investitionen weniger rentabel, das Wachstumstempo und damit auch die Zunahme der Realeinkommen langsamer. Zu befürchten wäre dann ein verschärfter Verteilungskampf, bei dem es immer wieder zu Kollisionen mit der Geldpolitik käme.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen Phase. Schon kurzfristig bestehen Risiken. Die Zuversicht für das Jahr 1992, die die Prognose zu erlauben scheint, ist bedingt. Aber auch darüber hinaus gibt es viele ungelöste Probleme. Konsens über die Notwendigkeiten ist erforderlich, ungezügelter Verteilungskampf dagegen könnte am Ende alle zu Verlierern machen.